

UWG:

Ebbing, Brigitte
Weddeling, Heinrich

stellv. für Stv. Bleker

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Becker, Maja
Gliem, Helga

Fraktionsloses Mitglied:

Nitsche, Bastian

ab 17:09 Uhr, ab TOP 3; bis
19:47 Uhr, bis TOP 6
einschl.

Westermann, Hartwig

Gäste:

Börger, Alois
Eversmann, Reinhold
Kastner Architekt
Koll, Klaus

zu TOP 3
zu TOP 3
zu TOP 5
zu TOP 4

Ortsvorsteher/in:

Wendholt, Irmgard

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Bruns, Florian
Bücker, Ludger
Dahlhaus, Martin
Demmert, Bettina
Gottlob, Ralf
Kaling, Markus
Klein-Bösing, Ludger
Kuhlmann, Jürgen
Kusch-Arnhold, Britta Dr.
Lask, Markus
Rottbeck, Christa
Schnelting, Alfons
Schönwitz, Björn
Schroer, Alfons
Schröer, Matthias
Schulze Hessing, Mechtild
Terwolbeck, Rene

Fachbereichsleiter
Fachabteilungsleiter
Fachabteilungsleiterin
Fachbereichsleiter

Fachabteilungsleiter
Techn. Beigeordneter
Museumsleiterin
Leiter FB 01
Technische Prüferin
Fachbereichsleiter

Bürgermeisterin
Fachbereichsleiter

Schriftführer:

Kaß, Matthias

Es fehlen entschuldigt:**CDU:**

Lansmann, Markus

SPD:

Kindermann, Kurt stv. Ausschussvorsitzender

UWG:

Bleker, Werner sachk. Bürger/in

Abgewickelte Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Neubebauung des Bereiches zwischen Hauptstraße, Klünstraße,
Lindenbuschring und Benningsweg in Weseke
Vorlage: V 2015/234
- 4 Vorstellung der Entwurfsplanung Mühlenareal
Vorlage: V 2015/242
- 5 Regionale 2016-Projekt Forum Altes Rathaus Borken, Bericht zum
Planungsstand der Hochbaumaßnahme - mündlicher Sachstandsbericht
- 6 Verkehrs- und Parksituation Dülmener Weg
Anträge FDP und CDU - Sachstandsbericht
- 7 Verkehrssituation in der Brinkstraße
Anträge des CDU-Ortsverbandes Borken sowie der SPD-Fraktion
Borken
Vorlage: V 2015/244
- 8 Bebauungsplan BO 14a (An der Hohen Oststraße), Beschluss zur
Aufstellung der 3. Änderung
Vorlage: V 2015/211
- 9 Beschluss zur Neuaufstellung des Einzelhandelskonzeptes Borken
Vorlage: V 2015/214
- 10 Abfallwirtschaft 2016
Vorlage: V 2015/227

- 11 Hochwasserschutzkonzept Issel - Beitritt zu einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung
Vorlage: V 2015/239
- 12 Kostenentwicklung Beckingsweg
Vorlage: V 2015/250
- 13 Grüne Wellen in Borken - Antrag der SPD-Fraktion vom 22.09.2015
Vorlage: V 2015/232
- 14 Verbesserung der Sichtverhältnisse an der Kreuzung Hohe Oststraße/Ramsdorfer Postweg - Antrag der SPD-Fraktion vom 22.09.2015
Vorlage: V 2015/233
- 15 Mitteilungen und Anfragen
- 15.1 KVP Hauptstraße/Borkenwirther Straße/Benningsweg
- 15.2 Geschwindigkeitsmessung im Bereich MA6 / Beckenstrang

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Rottbeck begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist und das Gremium beschlussfähig ist. Seitens der Verwaltung wurden nach der Einladungsfrist zwei Tagesordnungspunkte hinzugefügt, welche als TOP 13 und TOP 14 geführt werden. Vorsitzender Rottbeck lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	18 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Seitens der anwesenden Bürgerinnen und Bürger werden keine Fragen gestellt.

**zu 3 Neubebauung des Bereiches zwischen Hauptstraße, Klünstraße,
Lindenbuschring und Benningsweg in Weseke
Vorlage: V 2015/234**

Herr A. Börger erklärt die Beweggründe zur Neubebauung.

Herr Architekt Eversmann erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Neubebauung des Bereiches zwischen Hauptstraße, Klünstraße, Lindenbuschring und Benningsweg in Weseke.

Stv. Kindermann möchte wissen, ob die Wohnungen Miet- oder Eigentumswohnungen seien und wie hoch der Mietpreis sei.

Herr A. Börger erklärt, dass die Wohnungen Mietwohnungen seien und der Mietpreis bei ca. 6,00 – 7,50 Euro je qm liegen werde.

Stv. Stumpf gibt an, dass die Planung eine Bereicherung für Weseke sei und den Ortskern verstärke.

Stv. Gliem wirft die Fragen auf, ob bei barrierefreien Wohnungen auch besondere Bäder und breitere Türen berücksichtigt werden oder nur ein Aufzug vorhanden sei und ob es dementsprechend auch breitere Behindertenparkplätze geben werde.

Herr Architekt Eversmann erklärt, dass die Wohnungen barrierefrei geplant seien, mit Aufzug und schwellenfreier Tür. Die Wohnungen müssen nicht zwingend rollstuhlgerecht seien. Barrierefreiheit bedeute auch altersgerecht zu bauen, wie zum Beispiel mit einer ebenerdigen Dusche.

Stv. Tubes stellt die Frage, ob genügend Parkplätze für Kunden der Gewerbeflächen vorhanden seien.

Herr Architekt Eversmann erläutert, dass die Parkplätze im Innenhof nachgewiesen seien. Zudem seien Kurzzeitparkflächen im Bereich der Hauptstraße möglich.

Stv. Niemeyer bittet darum, ein oder zwei Wohnungen für Menschen mit Handicap vorzusehen.

Stv. Richter möchte wissen, wovon der zweite Bauabschnitt abhängig sei.

Herr A. Börger erklärt, dass der erste Bauabschnitt 12-15 Wohnungen haben werde. Da Weseke nur ca. 5.000 Einwohner habe, sei es nicht gut für Weseke sofort beide Bauabschnitte zu realisieren. Zudem solle die Dorfentwicklung mit abgewartet werden. Es sei natürlich geplant, das Bauvorhaben komplett zu realisieren, aber die Nachfrage müsse da sein.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss nimmt die vorgestellten Planungen zur Bebauung des Bereiches zwischen Hauptstraße, Klünstraße, Benningsweg und Lindenbuschring im östlichen Ortskern von Weseke zustimmend zur Kenntnis.

Die erforderliche Abweichung von den Gestaltungsfestsetzungen zur Dachneigung (18° Dachneigung anstatt 45° - 50° Dachneigung) und die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes von offene in geschlossene Bauweise für einen Teilbereich des Baugrundstückes werden befürwortet.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 4 Vorstellung der Entwurfsplanung Mühlenareal **Vorlage: V 2015/242**

Herr Koll (Architekturbüro Lindschulte) erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Entwurfsplanung Mühlenareal.

Stv. Richter möchte erneut die Folie mit den Schleppkurven sehen und gibt an, dass ein LKW beim Abbiegen Richtung Wilbecke den Gehwegbereich überfahren werde.

Herr Koll gibt an, dass der Gehweg in diesem Bereich angepasst werden könne, damit keine attraktive Straßenführung für Sattelzüge gefördert werde.

Stv. Richter wirft die Frage auf, ob das Bemessungsfahrzeug einen kleinen 7,5 Tonnen LKW darstelle oder einen Sattelzug.

Herr Koll erklärt, dass das Bemessungsfahrzeug einen 7,5 Tonner darstelle. Uneingeschränkt könne ein Sattelzug nur geradeaus fahren.

Stv. Richter stellt die Frage, ob die Schleppkurven für einen Sattelzug geprüft worden seien.

Herr Koll erläutert, dass alle Schleppkurven getestet worden seien und auch für einen Sattelzug die Benutzung des Kreisverkehrs möglich sei.

Stv. Kranenburg möchte wissen, wie weit ein Fisch nach der Fischtreppe weiter kommen könne, nicht das 100 Meter weiter ein Weiterkommen nicht mehr möglich sei.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass ein Stauwehr durchgängig gemacht werden müsse, somit stehe die Stadt Borken gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie in der Pflicht. Auf holländischer Seite fehlen noch drei Aufstiegstreppen, dann wäre die Durchgängigkeit zwischen Ijsselmeer und Deutschland gegeben.

Stv. Niemeyer wirft die Frage auf, ob bei Renovierungen an der Fischtreppe dann nur einzelne Klinker auszutauschen seien.

Herr Koll merkt an, dass nur im Sichtbereich der Klinker ausgetauscht werden müsse.

Stv. Gliem stellt den Antrag, dass die zu fallende Platane im Rahmen der Baumaßnahme zu erhalten sei.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert, dass es der richtige Ansatz sei, aber ein Baumgutachter habe festgestellt, dass die Platane statisch voraussichtlich nicht haltbar sei. Das Wurzelwerk gehe bis in das Mauerwerk des Gewässers. Bei Arbeiten am Mauerwerk werde das Wurzelwerk beschädigt und dadurch auch der Baum. Somit bestehe die Gefahr, dass der Baum umstürze. Eine Ersatzplanung ist schon vorhanden. Neun neue Bäume werden gepflanzt. Dennoch werde bei unkritischem Eingriff auf den Erhalt des Baumes abgezielt.

Stv. Gliem möchte wissen, ob das Gutachten zur Verfügung gestellt werden könne.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann gibt an, dass das Gutachten zur Verfügung gestellt werden könne.

Stv. Gliem fügt hinzu, dass im Beschluss aufgenommen werden müsse, dass der Baum im Rahmen der Möglichkeiten gerettet werden soll.

Herr Koll merkt an, dass auf keinen Fall mehr Bäume gefällt werden als nötig, aber das Mauerwerk sei leider baufällig.

Vorsitzender Rottbeck gibt an, dass das Baumgutachten der Niederschrift beigefügt werde.

Stv. Kindermann ist der Meinung, dass auch die Verkehrsflächen im Bereich Bahnhofstraße mit in die Verkehrsplanung einzubeziehen seien.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass das Verkehrsgutachten bzw. das Parkraumgutachten heute beauftragt werde.

Stv. Niemeyer stellt die Frage, ob die kleine ehemalige Brücke an der Mühlenstraße eine reine Fußgängerbrücke werde oder auch für Radfahrer gedacht sei.

Herr Koll erläutert, dass die Brücke für Fußgänger und Radfahrer sei.

Stv. Gliem wirft die Frage auf, ob die Fahrradführung mit der Polizei, Fahrradclub Deutschland oder anderen Fachleuten besprochen worden sei.

Herr Koll gibt an, dass sein Kollege Fachmann auf diesem Gebiet sei und dieses überprüft habe.

Stv. Kranenburg stellte fest, dass ein Radfahrer nicht hinter Autos warte sondern sich nach vorne schlängeln werde. Da die Fußwege beim neuen Kreisverkehr sehr breit seien, könne es bezüglich der Fahrradspur ähnlich wie beim Kreisverkehr Kaufland umgesetzt werden.

Herr Koll erklärt, dass der Platz vorhanden sei, dann aber bei dieser Variante ein weiterer Gefahrenpunkt hinzukomme.

Bürgermeisterin Schulze Hessing fügt hinzu, dass dieser Punkt verwaltungsintern intensiv besprochen wurde. Das überzeugende Argument sei gewesen, dass die ehemalige Brücke Mühlenstraße als Fuß- und Radweg genutzt werde. Somit habe ein Radfahrer mehrere Möglichkeiten.

Stv. Tautz merkt an, dass zwei Kreisverkehrsvarianten, 18m und 21m breit, vorgestellt worden seien. Wenn die Variante mit 21m Breite genommen werde, entstünde beidseitig 1,5m mehr Platz, welcher für Radfahrer genutzt werden könne.

Herr Koll erläutert, dass der Vorschlag theoretisch möglich sei, aber ein Radfahrer laut Regelwerk als Risiko gewertet werde.

Stv. Kaiser möchte wissen, ob die neue Brücke für Radfahrer gesperrt werden könne, sodass diese über die Brücke schieben müssen.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann hinterfragt die Sinnhaftigkeit für diese kurze Strecke. Wie bereits erwähnt, sei die ehemalige Brücke nur für Radfahrer und Fußgänger gedacht.

Stv. Richter stellt fest, dass eine recht übersichtliche Verkehrsbelastung vorhanden sei. Einen separaten Radweg anzulegen sei ein Novum. Der Kurvenbereich zur ehemaligen Brücke an der Mühlenstraße müsse dementsprechend komplett für Radfahrer abgesenkt werden.

Stv. Becker stellt die Frage, ob der Bereich am Kreisverkehr eine 30-Zone werde.

Fachbereichsleiter Bücken erklärt, dass dieser Bereich weiterhin eine 50 Zone im Vorrangnetz bleibe nach derzeitiger Rechtslage.

Stv. Kohlruss gibt an, bereits in der letzten UPA-Sitzung bezüglich des Kreisverkehrs Bedenken geäußert zu haben. Als Bemessungsfahrzeug sei nur ein 7,5 Tonnen LKW genommen worden und kein großer LKW. Für größere LKW's müsse der Kreisverkehr ausgelegt sein. Ein LKW fahre beim Abbiegen jedes Mal über die Spitze des Gehweges. Stv. Kohlruss ist gegen den 18m Kreisverkehr da die Ecke Mühlenstraße / Kuhmstraße zur Gefahrenzone werde.

Herr Koll merkt an, dass dieser Eckbereich auch bei einem 21m Kreisverkehr nicht besser werde. Erst ab einem Kreisverkehr mit einer Breite von 26m würde es besser gehen. Der Kreisverkehr habe eine überfahrbare Mittelinsel für größere Fahrzeuge.

Bürgermeisterin Schulze Hessing schlägt vor, dass dem Ausschuss auch Schleppkurven für größere Fahrzeuge dargestellt werden sollen. Allerdings sei es nicht das Ziel, größere Fahrzeuge durch die Innenstadt zu führen.

Stv. Kohlruss möchte wissen, wie ein großer 18 Tonnen LKW bei einem eventuellem zukünftigen großen Geschäft auf der Bodenplatte der Turmgalerie anliefern könne.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert, dass eine Grafik mit entsprechenden Schleppkurven nachgereicht werde. Zudem werde ein Parkraumkonzept erstellt.

Stv. Kranenburg wirft die Frage auf, ob die Fördermittel der Fischtreppe noch abzuziehen seien, da diese ja förderfähig sei.

Herr Koll erklärt, dass die Fördermittel noch nicht abgezogen seien.

Stv. Richter stellt fest, dass ein großer LKW aus der neuen Mühlenstraße kommend als Rechtsabbieger in die Kuhmstraße niemals ohne das Überfahren des Gehweges abbiegen könne.

Vorsitzender Rottbeck gibt an, dass die entsprechende Schleppkurve nachgereicht werde.

Stv. Flasche fügt hinzu, dass auch dargestellt werden müsse, wie ein LKW zu eventuellen Geschäften auf der Betonplatte hin- und abfahren könne, da größere Ketten nicht mit kleinen 7,5 Tonnen LKW's beliefert werden.

Stv. Richter möchte wissen, ob das Sicherheitsaudit bis zur nächsten UPA-Sitzung vorliegen könne.

Herr Koll erläutert, dass dieses bis zur nächsten Sitzung nicht möglich sei.

Vorsitzender Rottbeck lässt über den Erweiterungsantrag von Stv. Gliem, alle vertretbaren Möglichkeiten auszuschöpfen, die Platane zu erhalten, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt die vorgestellte Vorplanung des Mühlenareals bis zur Genehmigungsplanung auszuarbeiten, um anschließend den Antrag zur Plangenehmigung beim Kreis Borken zu stellen, unter der Voraussetzung, dass die Schleppkurven für größere LKW's ausreichen, was im nächsten UPA vorgestellt werden soll. Zudem sollen alle vertretbaren Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Platane zu erhalten. Das Ergebnis des Bodengutachtens und des Sicherheitsaudits sollen - sobald sie vorliegen - im Ausschuss vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 5 Regionale 2016-Projekt Forum Altes Rathaus Borken, Bericht zum Planungsstand der Hochbaumaßnahme - mündlicher Sachstandsbericht

Technischer Beigeordneter Kuhlmann berichtet über den aktuellen Werdegang.

Verwaltungsmitarbeiter Kahling erläutert die aktuelle Herangehensweise.

Herr Architekt Jochen Kastner (Kastner & Pichler Architekten) erklärt anhand der als Anlage beigefügten Präsentation den aktuellen Planungsstand.

Stv. Kohlruss möchte wissen, ob darüber nachgedacht worden sei, das gesamte Foyer abzusenken.

Herr Architekt Kastner gibt an, dass diese Maßnahme mit hohen Kosten verbunden sei.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann fügt hinzu, dass sich der in der Präsentation gezeigte Verschnitt in jedem Geschoss wiederhole.

Verwaltungsmitarbeiter Kaling stellt fest, dass ein Absenken nicht möglich sei, da dann ein Höhenunterschied zum Forum bestehe und eine andere Barrierefreiheit geschaffen werden müsse. Mit dem gezeigten Vorschlag sei in allen Etagen Barrierefreiheit gegeben.

Stv. Kranenburg wirft die Frage auf, ob der Turm nicht für die Öffentlichkeit erlebbar gemacht werden müsse, anstatt mit einem Büro zu belegen.

Herr Architekt Kastner erläutert, dass bei einer Öffnung des Turmes für den Publikumsverkehr ein zweiter Rettungsweg geschaffen werden müsse, was mit Mehrkosten verbunden sei.

Verwaltungsmitarbeiter Kaling fügt hinzu, dass das Stichwort Barrierefreiheit sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing merkt an, dass auch MitarbeiterInnen vor Ort seien, welche im Museum einen vernünftigen Arbeitsplatz benötigen.

Stv. Flasche möchte wissen, ob bezüglich der Barrierefreiheit jeder Ausstellungsraum erreichbar sei.

Herr Architekt Kastner erklärt, dass jeder Raum erreichbar sei.

Verwaltungsmitarbeiter Kaling erläutert anhand der Präsentation den Kostenstand.

Stv. Richter wirft die Fragen auf, ob eine Kostensteigerung bis 2023 sowie Unwägbarkeiten berücksichtigt worden seien.

Verwaltungsmitarbeiter Kaling gibt an, dass alle absehbaren Dinge eingepreist worden seien, Unwägbarkeiten seien nicht mit eingerechnet. Die ein oder andere Überraschung werde wohl zu erwarten sein.

Stv. Richter möchte wissen, ob für Unwägbarkeiten ein Anteil von 10 – 15 % der Kosten mit in die Kalkulation einfließen könne.

Verwaltungsmitarbeiter Kaling merkt an, dass dieser Vorschlag nicht berücksichtigt werden könne, da dieses nicht vom Fördergeber akzeptiert werde. Es sei sicherlich anzuraten, dass bei einer Umbaumaßnahme dieses Umfangs Unwägbarkeiten einkalkuliert werden sollten.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann fügt hinzu, dass der Kostenansatz höher als vorher sei, aber der Eigenanteil durch die Fördergelder nicht höher werde.

zu 6 **Verkehrs- und Parksituation Dülmener Weg** **Anträge FDP und CDU - Sachstandsbericht**

Fachbereichsleiter Bücken erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Verkehrs- und Parksituation Dülmener Weg.

Stv. Kranenburg stellt fest, dass der ehemals gute Verkehrsfluss ausgebremst worden sei. Aus Gewohnheit werde trotzdem noch der Radweg auf der falschen Straßenseite genutzt.

Fachbereichsleiter Bücker merkt an, dass auch das Fehlverhalten von VerkehrsteilnehmerInnen berücksichtigt werden müsse. Gegebenenfalls könnten Kontrollen durchgeführt werden.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass die aktuell dargestellte Situation zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit führe.

Stv. Flasche erläutert, dass ein Anwohner vorgeschlagen habe, den Radweg zu entfernen, damit wieder quer geparkt werden könne. Zudem seien die Bestandsbauten mit viel zu wenig Anwohnerparkplätzen ausgestattet, was zu Verkehrsproblemen führe.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann gibt an, dass Borken damit nicht alleine stehe, viele Kommunen haben dieses Problem.

Stv. Gliem merkt an, dass bei dieser Verkehrsplanung Theorie und Praxis weit auseinander liege. Die Parkplatzsituation sei nur zu bestimmten Tageszeiten schlimm. Es könne, wie bei der Turmstraße, Anwohnerparkplätze zur Verfügung gestellt werden.

Stv. Nitsche möchte wissen, ob das Rehazentrum genügend Parkplätze nachweisen könne.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass laut Baugenehmigung acht Parkplätze gefordert wurden, diese seien vorhanden.

Stv. Nitsche wirft die Frage auf, ob diese Parkplätze auch genutzt werden.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann gibt an, dass die Nutzung der Parkplätze geprüft werde.

Stv. Grotzky stellt die Frage, ob die große Rasenfläche vor dem Gebäude nicht zum Parken genutzt werden könne.

Stv. Flasche fügt hinzu, dass in Bereichen mit vielen Bestandsbauten wenig Parkplätze vorhanden seien. Die Stadt müsse schauen, wo öffentlicher Parkraum zur Verfügung gestellt werden könne.

Stv. Becker möchte wissen, ob geprüft worden sei, den Bereich Dülmener Weg / Neue Kämpfe mit einer Ampelanlage auszustatten.

Fachbereichsleiter Bücker erläutert, dass regelmäßige Verkehrsschauen durchgeführt werden, woran sich gerichtet werden müsse.

Stv. Gliem merkt an, dass zu verschiedenen Tageszeiten kontrolliert und geprüft werden müsse.

Stv. Kindermann fügt hinzu, dass im Bereich Dülmener Weg viele Mängel vorhanden seien. Die gesamte Straße müsse überplant werden.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass bei neuen Straßenarbeiten Beiträge nach KAG anfallen, was zu Schwierigkeiten mit Anwohnern führen werde. Mit den Betreibern des Reha Sports am Dülmener Weg seien Gespräche zu führen sowie mit den Anwohnern.

zu 7 Verkehrssituation in der Brinkstraße
Anträge des CDU-Ortsverbandes Borken sowie der SPD-Fraktion
Borken
Vorlage: V 2015/244

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert den Beschlussvorschlag.

Stv. Gliem gibt an, dass die Parkplätze sehr gefährlich für schwächere Verkehrsteilnehmer/Innen, wie Fußgänger oder Radfahrer seien. Das Gutachten solle abgewartet werden.

Stv. Ebbing ist der Meinung, dass die Parkplätze bestehen müssen, da sonst zu schnell gefahren werde.

Stv. Kranenburg stellt fest, dass der Weg vom Kreisverkehr ehemals „Minimal“ bis zum Kreisverkehr Bahnhof eine Abenteuerfahrt sei. Die Wilbecke sei aktuell nicht verkehrsfähig und sei ein Problem für Fahrradfahrer. Zudem dürfe dort keine Einbahnstraße entstehen, da die Innenstadt von beiden Seiten zu erreichen sei. Ein Parkverbot von 8-20 Uhr müsse eingeführt werden und kontrolliert werden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass nicht vorschnell Dinge entschieden werden sollen, sondern das Verkehrsgutachten abgewartet werden müsse.

Stv. Kindermann gibt an, dass früher drei Parkplätze für eine Imbissstube geschaffen wurden. Diese Imbissstube existiere nicht mehr. Radfahrer haben in diesem Bereich Probleme. Wenn Parkplätze entfernt werden, sei für alle Verkehrsteilnehmer/Innen eine bessere Sicht vorhanden.

Stv. Niemeyer fügt hinzu, dass durch die Parkplätze eine Gefahrensituation entstehe. Die Parkplätze seien zu entfernen.

Stv. Gliem möchte wissen, in welchem Bereich das Verkehrsgutachten durchgeführt werde.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert, dass der ganze Innenstadtbereich, von Raesfelder Straße bis zum Nordring, das Gutachten umfasse.

Stv. Ebbing merkt an, dass das Verkehrsgutachten abgewartet werden müsse und die aktuelle Situation so lange wie bisher bestehen bleibe.

Stv. Böhr fügt hinzu, dass das Verkehrsgutachten zwingend notwendig sei. Mit Öffnung der Bahnhofstraße werde sich das Problem noch vermehren. Die Parkplätze seien zu entfernen. Ersatzparkplätze könnten vor ehemals Erdmann angelegt werden.

Stv. Flasche ist der Meinung, dass die Parkplätze eine Gefahrenstelle darstellen.

Stv. Weddeling gibt an, dass bei einem Entfernen der Parkplätze der Anlieferungsverkehr trotzdem parken werde. Das Gutachten werde benötigt.

Stv. Kranenburg erklärt, dass ein Parkverbot von 8-20 Uhr aufgestellt werden müsse. Die Parkplätze seien bis zum 27.11.2015 zu entfernen, da dann der Weihnachtsmarkt beginne.

Beschluss:

Die Parkplätze werden bis spätestens 27.11.2015 entfernt. Des weiteren wird es ein Parkverbot in der Zeit von 8-20 Uhr geben.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	17 Ja-Stimmen
	2 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

Der Antrag zu 2. wird zurückgestellt und in der ausstehenden Verkehrsuntersuchung thematisiert. Der Antrag zu 3. wird zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

**zu 8 Bebauungsplan BO 14a (An der Hohen Oststraße), Beschluss zur
Aufstellung der 3. Änderung
Vorlage: V 2015/211**

Stv. Flasche erklärt sich als befangen.

Beschluss:

Der Antrag der Eigentümerin des Hotel Fliederbusch zur Änderung des Bebauungsplanes zu Änderung einer flächig untergeordneten Teilfläche des angrenzenden Spielplatzes in Allgemeines Wohngebiet wird positiv entschieden.

Die 3. Änderung des Bebauungsplanes BO 14a (An der Hohen Oststraße) wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt.

Das Verfahren soll gemäß § 13a Abs. 2 bzw. § 13 Abs. 2 und 3 BauGB „Bebauungspläne der Innenentwicklung“ durchgeführt werden. Die Beteiligung der Öffentlichkeit, Auslegung und Beteiligung der Behörden sowie der Träger öffentlicher Belange erfolgen gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB.

Der Bebauungsplan wird digital neu gezeichnet und an aktuelle Gesetze, Verordnungen und Satzungen sowie an die aktuelle Katastergrundlage und Gegebenheiten angepasst.

Von der Änderung und digitalen Neuzeichnung bzw. Aktualisierung der gesetzlichen Grundlagen sowie der Katastergrundlage ist der gesamte Geltungsbereich des Bebauungsplanes gemäß Deckblatt in der **Anlage 03** mit folgenden Flurstücken betroffen:

Gemarkung Borken, Flur 19, Flurstücke: 355, 362, 379, Gemarkung Borken, Flur 20, Flurstücke: 21, 22, 23, 24, 26, 165, 166, 175, 176, 181, 182, 183, 188, 193, 194, 199, 200, 201, 202, 203, 206, 220, 226, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 271, 274, 278, 296, 301, 306, 317, 318, 319, 320, 336, 337, 338, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 395, 396, 422, 423, 424, 425, 426, 428, 429, 430, 432, 437, 438, 440, 441, 442, 443, 444, 449, 450, 451, 452, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 468, 476, 478, 500, 501, 506, 509, 510, 511, 517, 518, 527, 533, 539, 545, 546, 547, 548, 551, 552, 555, 556, 557, 558, 566, 571, 574, 577, 579, 583, 584, 587, 611, 620, 621, 622, 623, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 655, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 681, 682, 683, 684, 686, 689, 690, 691, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 713, 714, 719, 720, 724, 726, 736, 737, 740, teilweise: 659, Katasterstand: Juni 2015

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	18 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 9 Beschluss zur Neuaufstellung des Einzelhandelskonzeptes Borken **Vorlage: V 2015/214**

Stv. Richter merkt an, dass das Einzelhandelskonzept ein wichtiges Planungsinstrument sei. Ein Pflichtenheft müsse erstellt werden, bevor es zur einer Angebotsannahme komme. Zudem müsse mit dem Einzelhandel und der Gastronomie der Innenstadt gesprochen werden.

Bürgermeisterin Schuze Hessing gibt an, dass die Anregungen aufgenommen werden.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann fügt hinzu, dass eine Auftaktveranstaltung stattfinden solle.

Stv. Ebbing merkt an, dass die Gastronomie und der Einzelhandel mit eingebunden werden müsse.

Stv. Kindermann weist auf die Borkener Liste hin, welche saisonal überprüft werden müsse.

Stv. Tubes möchte wissen, ob das Konzept auch regelt, wer sich wo ansiedeln dürfe.

Fachabteilungsleiter Dahlhaus erläutert, dass das Einzelhandelskonzept die Inhalte als Instrument bilde. In der Bauleitplanung greife dann die Borkener Liste.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Borken beschließt, dass das Einzelhandelskonzept der Stadt Borken neu aufgestellt wird. Die Verwaltung wird beauftragt, qualifizierte Leistungsbilder und Honorarangebote von entsprechenden Fachbüros einzuholen, nachdem eine offene Runde durch Beteiligung der Gastronomie und Einzelhandel stattgefunden hat und deren Anregungen aufgenommen wurden. Im Anschluss wird die Auswahlmethode der zur Auswahl stehenden Büros der Politik vorgestellt und in einer der folgenden Sitzungen einen Vergabevorschlag zu unterbreiten.

Es wird weiter beschlossen, entsprechende Mittel (voraussichtlich 50.000,- Euro) zur Finanzierung der Planungsleistung im kommenden Haushalt 2016 zur Verfügung zu stellen.

Die vorliegenden Anträge zur beabsichtigten Erweiterung bestehender großflächiger Einzelhandelsbetriebe und sonstiger Einzelhandelsvorhaben außerhalb des Zentralen Versorgungsbereiches von Borken sollen bis zum Abschluss der Neuaufstellung des Einzelhandelskonzeptes zurückgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 10 Abfallwirtschaft 2016
Vorlage: V 2015/227

Herr Westermann erklärt sich als befangen.

Stv. Grotzky gibt an, dass Ehrenamtliche bei der Entsorgung helfen zu lassen, eine Frechheit sei.

Verwaltungsmitarbeiter Schroer erklärt, dass nach der letzten Sperrmüllsammlung oft von älteren Personen gefragt wurde, wohin mit dem Sperrmüll, da keine Möglichkeit bestand, den Sperrmüll zu entsorgen. Hier war ehrenamtliche Hilfe gemeint.

Bürgermeisterin Schulze Hessing fügt hinzu, dass ein Missverständnis vorliege, da mit der Entsorgung die Entsorgung zum städtischen Wertstoffhof gemeint sei.

Verwaltungsmitarbeiter Schroer merkt an, dass ältere alleinstehende Personen unterstützt werden sollen, den Sperrmüll zum Wertstoff zu bringen.

Stv. Kindermann ist der Meinung, dass eine Einbeziehung von Ehrenamtlichen nicht realisierbar sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing gibt an, dass es mit der Ehrenamtsbörse nur gut gemeint sei und völlig freiwillig sei. Wenn das nicht gewünscht sei, müsse es nicht gemacht werden.

Stv. Stork möchte wissen ob der Wertstoffhof in Hoxfeld geschlossen werde.

Verwaltungsmitarbeiter Schroer erklärt, dass sich der Wertstoffhof auf der ehemaligen Deponie befinde. Um die Deponie zu sichern, könne der Wertstoffhof dort nicht weiter betrieben werden. Fraglich sei der Zeitpunkt der Schließung.

Stv. Flasche merkt an, dass der Sperrmülltransport bei älteren Personen von der Stadt organisiert werden müsse.

Stv. Becker befürwortet die kostenlosen Restmüllsäcke für Pflegebedürftige.

Vorsitzender Rottbeck lässt darüber abstimmen, ob die Ehrenamtsbeteiligung in der Vorlage weiterhin enthalten bleiben soll.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	14 Ja-Stimmen
	4 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

Beschluss:

Die Ausführungen zu den Elektroschrottcontainern und der kommunalen Sammlung von Textilien werden zur Kenntnis genommen.

Die ergänzende Sperrgutabfuhr auf Abruf ist entsprechend den Erläuterungen in der Vorlage ab dem 01.01.2016 umzusetzen. Eine Unterstützung durch die Freiwilligen Agentur wird befürwortet.

Die Öffnungszeiten des Wertstoffhofes in Gemen werden im Oktober und November wie dargestellt erweitert.

Die Ausgabe von kostenlosen Restmüllsäcken für Pflegebedürftige soll ab dem 01.01.2016 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	18 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 11 Hochwasserschutzkonzept Issel - Beitritt zu einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung
Vorlage: V 2015/239

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss nimmt die Ausführungen zum Hochwasserschutzkonzept „Issel“ zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Borken der Vereinbarung gemäß § 54 Verwaltungsverfahrensgesetz NRW zur

Aufstellung eines Hochwasserschutzkonzeptes beizutreten und sich an den Kosten des Ingenieurauftrages zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 18 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

**zu 12 Kostenentwicklung Beckingsweg
 Vorlage: V 2015/250**

Stv. Richter gibt an, dass bei Sanierungen in alten Objekten Mehrkosten vorkommen. Es sei gut, dass der Ausschuss frühzeitig darüber informiert werde.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss stimmt der weiteren Sanierung des BV Beckingsweg 7-9 auch im Hinblick auf eine Kostensteigerung bis zur Fertigstellung von ca. 15% (Mehrkosten ca. 48.000,-€) gegenüber der Kostenschätzung vom Juni 2015 zu.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 18 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

**zu 13 Grüne Wellen in Borken - Antrag der SPD-Fraktion vom 22.09.2015
 Vorlage: V 2015/232**

Stv. Grotzky erläutert den gestellten Antrag.

Fachbereichsleiter Terwolbeck erklärt, dass die Grüne Welle von der Kreuzung Heidener Straße / Nordring bis zur Kreuzung Nordring / Butenwall verlaufe. Zudem haben sich die Verkehrsströme in den letzten Jahren stark verändert.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 18 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

**zu 14 Verbesserung der Sichtverhältnisse an der Kreuzung Hohe
 Oststraße/Ramsdorfer Postweg - Antrag der SPD-Fraktion vom
 22.09.2015
 Vorlage: V 2015/233**

Stv. Schwane möchte wissen, ob die Haltelinie nicht einen Meter vorgezogen werden könne.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass es wünschenswert sei, aber die Schleppkurve des Linksabbiegers die Lage des Haltebalkens bestimme und dieser nicht weiter in die Kreuzung hineinreichen könne.

Stv. Gliem hält den Kreuzungsbereich für unproblematisch.

Stv. Böhr gibt an, dass beim Kreuzungsbereich Tempo 50 sei und nicht gerast werde.

Stv. Grotzky merkt an, dass mit Eröffnung der neuen Bahnhofstraße auch mehr Verkehr vorhanden sei.

Beschluss:

Abgesehen von dem zwischenzeitlich erfolgten Grünschnitt werden keine weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtverhältnisse ergriffen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 18 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

zu 15 Mitteilungen und Anfragen

Siehe Unterpunkte.

zu 15.1 KVP Hauptstraße/Borkenwirther Straße/Benningsweg

Technischer Beigeordneter Kuhlmann teilt mit, dass mit Bescheid vom 02.11.2015 die Bezirksregierung in Münster dem Antrag (vom 30.09.2015) entsprochen habe und für die Fördermaßnahme KVP Weseke die Genehmigung zum sog. "vorzeitigen förderunschädlichen Maßnahmenbeginn" erteilt habe. Damit könne die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Kreis die Baumaßnahme durchführen, ohne auf einen

Zuwendungsbescheid warten zu müssen. Die genaue Fördersumme stehe zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest: die Stadt habe eine Zuweisung von 217.750 Euro bei zwf. GA von 362.916 Euro beantragt (also 60%). Der Betrag werde wohl nicht (ganz) erreicht werden, da zumindest die Aufenthaltsfläche südwestlich des Kreisverkehrs nicht zuwendungsfähig sei.

zu 15.2 Geschwindigkeitsmessung im Bereich MA6 / Beckenstrang

Fachbereichsleiter Bucker teilt mit, dass im Bereich Beckenstrang / MA6 eine Geschwindigkeitskontrolle durchgeführt worden sei. Das Ergebnis sei unauffällig und es sei kein Handlungsbedarf notwendig.

gez. Paul Rottbeck
Ausschussvorsitzender

gez. Matthias Kaß
Schriftführer